

# Berliner Tageblatt

Nr. 91

Chel. Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Die 16-Stimmen-Mehrheit Poincarés.

## Die Einwanderung in Amerika.

### Voraussetzlicher Rücktritt der Wahlkommission des Senats.

8 Stimmen der Rechten und 6 der amtierenden Minister für Poincaré.

### Die neue Einwanderungsvorlage.

Von unserem Korrespondenten Lynkoue.

Paris, 22. Februar. Poincaré hat gestern, wie gemeldet, im Senat eine Mehrheit von 16 Stimmen gehabt, von denen nach den Berechnungen der Morgenblätter neun Stimmen auf die Rechte kommen, und sechs dem amtierenden Minister gehören. Dieses Ergebnis ist deshalb bemerkenswert, weil es sich bei der Abstimmung nicht allein um das Amendement handelte, das für die Mehrheit der Rechten eintritt. In seiner Rede am Mittwoch hat der Ministerpräsident mit deutlicher Absicht auf die allgemeine Politik des Kabinetts zur Debatte gestellt und auch die Erklärung, daß er nicht die Absicht habe, „zu defektieren“, war eine demokratische Verweigerung der Verantwortung. Die Abstimmung von gestern ist die Antwort: 16 Stimmen — und welche Stimmen! Auch die Rechten, die in der Debatte gehalten wurden, sagten mehr, als manche Parlamentsrede sonst zu sagen pflegt. Am nächsten Tag die Regierung sprach der Berichterstatter Comte de Blois. Auf den heutigen Appell Poincarés, der dem Senat in anderen Zeiten Gelegenheit zu einer überaus interessanten Debatte gegeben hätte, ist keiner der Rechten eingegangen. Herr de Selvas erklärte, daß die republikanische Regierung für den Ministerpräsidenten stimmen werde; diese Erklärung wurde mit großen Beifall begrüßt. Denn die republikanische Regierung hatte früher für das von der Regierung abgeleitete Amendement gestimmt. Der konservative Debatte nennt dann Poincaré den letzten Kampf der Republik, aber er hat ihn dringend, „für eine Zeit aus dem Spiel zu beschneiden“. Darauf wurde von den meisten anderen Senatoren, besonders dem Renault und Jaumain, der nationale Ausschuss für die Zeitdauer, daß heute früh selbst die Regierungsbillets die Zeitdauer nicht ganz verschwinden können. Unter diesen Umständen wird es lächerlich, wenn die nationalpolitischen Zeitungen heute schreiben, der Erfolg der Regierung sei „stark gewesen, weil so stark gestärkt worden“.

carés ihn vor den Wahlen ungenügend scheiden sehen. Aber das Datum von gestern ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Die Wahlkommission des Senats, deren einstimmiger Antrag nicht angenommen worden war, wird sehr wahrscheinlich die Konsequenzen ziehen und gleich ihrem Vorsitzenden Jeannecheu zuschreiben. Heute Nachmittag ist eine Sitzung der Kommission angesetzt, bei der über ihre Haltung Beschlüsse gefaßt werden soll. Der Franc ist etwas gestiegen, wie einige Zeitungen vermelden. Aber wer die Grenzen des Aufstiegs kennt und die Kommentare zu den Eingangsnotizen liest, der wird die Freude ziemlich flüchtig ist. Vor zehn Tagen wurde es allgemein als eine Katastrophe bezeichnet, daß ein Pfund Sterling 100 Franc wert sein konnte. Heute steht es bei 108,40 Franc, das heißt, daß ein Pfund Sterling von 108,40 Franc gestiegen ist. Dies wird mit feinem Wohlstand gemeldet. Dann heißt es weiter, diesmal in gemäßigter Sprache: „Heute liegt das Pfund allerdings wieder auf 102,80 Franc.“ Dann wird gesagt, daß nach den Tagen der großen Erregung „wahrscheinlich einige Tage der Unregelmäßigkeit und des Schwankens kommen werden“. Poincaré hat im Senat gesagt, daß die Sachverhältnisse eindeutig sind und die fremde Währung nehmen. Wenn dieses der Fall ist, dann wird die wirtschaftliche Situation hoffentlich besser und die Spannung der fremden Devisen wird nachlassen.“ Dieser Trost ist ziemlich kümmerlich. Der Senator Gaty, der Befürworter des „Figaro“, schreibt in seiner Zeitung: „Herr Poincaré hat am 18. Februar in der Kammer gesagt, daß man in dieser Zeit „mit 24 Stunden“ rechnen müsse. Wenn die Devisen der Gefahr vertrieben werden sollen. Heute rufen wir dem Präsidenten zu, mit dem christlichen Glauben, daß unsere Stimme gehört werden möge. Auf wirtschaftliche Angelegenheiten ist eine Hand von Eisen nötig. Jeder Widerstand muß bezwungen werden. Alle Spekulationen müssen sich unterwerfen. Niemand darf sich der Pflicht entziehen, die er gegen das Land hat. Wenn diese wirtschaftliche Lage nicht geändert wird, dann sind unsere Entmutigungen nicht so groß, die Enttäuschung wird so stark sein, daß sie schließlich die Gemüter der Arbeiter und Bauern herbeiführen wird.“ Die Worte des Senators Gaty sind als Prophezeiung nicht sehr hoch einzuschätzen, wohl aber als Mahnung. Denn ein solcher Anlauf im „Figaro“ laut wird ohne Rücksicht auf die Wirkung im Ausland, dann wird die Inflation in Frankreich weit größer sein, als dies offiziell eingestanden wird.

Washington, 22. Februar. Die zurzeit in den Vereinigten Staaten geltenden Einwanderungsbeschränkungen haben seit langem zu so vielen Beschwerden Anlaß gegeben, daß auch die an sich einer Verbesserung der bestehenden Zustände widerstrebende Regierung, der rührige Kongress-Senator John Johnson, hat als Vorsitzender des Repräsentantenhaus-Ausschusses für Einwanderungswesen und Naturalisation ein neues Einwanderungsgesetz entworfen, das den jetzigen Lebensbedingungen abhelfen soll. Die gegen die bisherigen Beschränkungen erhobenen Einwände sind zum Teil sentimentaler, zum Teil praktischer Art. Eine wichtige Sache gegen die mancherlei unbilligen Härten, die durch die rigorose Anwendung der Einwanderungsgesetze hervorgerufen wurden, hätten, gegen die viele New-Yorker Organisationen zu wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken einen hartnäckigen, meist leider ziemlich aussichtslosen Kampf führen. In den Einwanderungsfragen, an die wir hier denken, gehört z. B. die Deportation von vorübergehend eingetretene Einwanderer. Wochentags die gerade angekommenen Fremdlinge auch noch so schnell betreten, daß sie keine Wohnung gehabt hätten von der bevorstehenden Eröffnung der Zulassungsbüro für ihr Ausgangsland, und daß der amerikanische Konsul ihnen anstandslos das Visum für die Reise gegeben habe, ohne wegen des Ellis Island festgehalten, in einem Massenquartier, für den nächsten Landeseinreisenden der Ausländer von Manhattan auf der anderen Seite der Stadt nur geringe Entschädigung zu bieten vermochte, und nach Verleugung der nötigen Formalitäten zurückgeschickt in das Land ihrer Herkunft. Zu ganz traurigen Härten führte die Bestimmung, daß jeder Einwanderer als Angehöriger des Staates in Anspruch zu nehmen ist, einzeln, welche er innehaben mag. So kam z. B. ein spanischer Offizier der russischen Erangelarmee mit Frau und Kind aus Konstantinopel an. Mann und Frau, in Rußland geboren, fielen unter die noch nicht erschöpfte russische Quote und wurden ausgelassen, das einjährige Zwangsleben, in Konstantinopel geboren, hatte als Exilanten zu gelten, wurde wegen Festsetzung der russischen Quote zurückgewiesen und mit dem nächsten Mittelmeerdampfer deportiert. Alle Versuche, etwas Besseres zu unternehmen, scheiterten, und die als Einwanderer zugelassenen, hatten selbst ihre Mittel zu bezahlen, wenn sie nicht ihre Hand allein fahren lassen wollten. Es scheint, daß die zahllosen Klagen über solche Härten und Unvernünftigkeiten nicht ganz ohne Wirkung geblieben sind: es ist Vermutung an die Einwanderungsbehörden ergangen, der Menschlichkeit an die Verwaltung der Behörden der bisherigen Bestimmungen nach Wohlwollen Rücksicht zu tragen, und auch die Johnson-Bill sieht, wie noch kurz zu erörtern sein wird, wesentliche Verbesserungen nach dieser Richtung vor. Stärkeren und nachdrücklicher Eindruck aber als die Einwände sentimentaler Art haben die praktischen Ausführungen an den Einwanderungsbeschränkungen gemacht, die vor allem aus Kreisen der Industrie kamen und besonders den einen Umstand betonen: daß durch die geltende Quotenbeschränkung der Zuwanderung von Arbeitskräften für den Ausbau der Industrie ein Hindernis vorgegeben und besonders das Herankommen gerade der erwünschtesten Elemente aus germanischen Ländern unterbunden werde. Die bisherige Quote ließ nur eine verhältnismäßig kleine Gesamtzahl von Neuzuwanderungen in das Land herein, eine Zahl, die Entwicklung dieses Landes auf industriellen Gebiet nicht entsprach; berechnet wurde sie so, daß an Einwanderern 3 Prozent derjenigen Zahl aus jedem Ursprungsland zugelassen wurden, die bei der Volkszählung im Jahre 1910 an in dem betreffenden Lande Geborenen innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten feststellbar waren. Da in den letzten Jahren Länder Europas verhältnismäßig geringe Zuwanderungen nach den Vereinigten Staaten geschickt haben und neben der aus dem Süden und Osten, ergab sich aus dieser Art der Quotenberechnung eine gewisse Benachteiligung der Einwanderung besonders aus Großbritannien und Deutschland. Die neue Vorlage, die gleichzeitig für den Senat vom republikanischen Senator Lodge eingebracht worden ist, sucht eine Wandlung zu bringen, indem sie die Bestimmung der Quoten die Volkszählung des Jahres 1890 zugrundelegen will. Dabei sollen auch die Zahlen der Jahre 1890 zugrundegelegt werden, nämlich eine für solche Aufkommene, die in diesem Lande nahe Verwandte haben, und eine andere für Einwanderer ohne nahe verwandtschaftliche Beziehungen zu schon hier Ansässigen. Die Quote für jede der beiden Gruppen würde für jedes Land die Grundzahl 200 sein plus 2 Prozent der Zahl der fremdgeborenen Personen jeder Nationalität, die 1890 in den Vereinigten Staaten feststellbar waren ist. Bei dieser Regelung ist der Gedanke maßgebend, daß in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts besonders viel germanische Einwanderer ins Land gekommen sind, 1890 also ein verhältnismäßig harter Teil der Bevölkerung aus im germanischen Ausland Geborenen bestand. In die Quoten der Verwandten fallen dabei nur die allerersten Familienange-

## Vorhof der Liberalen gegen MacDonald.

Abstimmung im Unterhaus über Flottenneubauten. Wiederzug der Liberalen und der Arbeiterpartei. (Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 22. Februar. Zu dramatischen Szenen kam es gestern im Unterhaus, als der parlamentarische Sekretär der Admiralität Ramsay die Erklärung abgab, daß die Regierung in Anbetracht der schweren Arbeitslosigkeit entschlossen sei, den von der alten Regierung geplanten Neubau von fünf Kreuzern und zwei Zerstörern durchzuführen. Während die Konservativen der Erklärung Ramsays lebhaft zustimmten, erbob sich sofort der Widerspruch seitens der Arbeiterpartei und vor allem seitens der Liberalen. Der liberale Abgeordnete Brinsley beantragte die Verlegung der Flottenneubauten, indem er bemerkte, daß der Bau der Schiffe ohne vorherige Zustimmung des Hauses nicht in Angriff genommen werden dürfe. Neubauten bedeuteten keineswegs eine Verstärkung der Flotte, sondern lediglich einen Ersatz unfahrbarer oder veralteter Schiffe. Bei der Abstimmung über den Verlegungsbau stimmten die Konservativen mit der Regierung, die mit 372 gegen 78, also mit einer Majorität von 299 Stimmen sprach. Die konservativen Blätter betonten deshalb heute, daß die Konservativen die Arbeiterregierung gütlich hätten, während die Liberalen blätter und „Daily Herald“ dem Zufallsfall auf ein Mißverständnis zurückzuführen, da man nach der Bemerkung Ramsays glauben konnte, daß die Regierung die Kreuzer ohne vorherige Befragung des Unterhauses in Auftrag geben würde. „Daily Herald“ erhebt bei jeder Gelegenheit sehr scharfe Angriffe gegen die Liberalen. Es sei daran zu erinnern, daß jetzt die Liberalen bereits das zweite Mal die Regierung MacDonalds angegriffen hätten, während die Konservativen sich verhältnismäßig ruhig verhielten. Der erste scharfe Angriff der Liberalen erfolgte in der Poplar-Straße, aber die es am Dienstag zur Debatte kommen wird. Im Oberhaus wurde bereits gestern hierüber verhandelt. Lord Salisbury erwiderte auf eine Anfrage des liberalen Lord Beauchamp, daß die Regierung die Flottenneubauten zwar nicht unbedingt billigen könne, daß aber der Bau von Kreuzern nicht unbedingt billigen könne. Die liberale „Westminster Gazette“ nennt heute die Antwort Lord Salisburies einen „Ausbruch vollkommener Hilflosigkeit“.

Arbeiterpartei, „den Weg zur Abrüstung als einziger Sicherheit für die Nation zu sehen“. Die Wähler, denen dieses Versprechen gegeben wurde, das untergeordnet war von MacDonald, Gibbs, Gordon und Mrs. Bonfield, hätten nicht gewagt, daß es „mit der schicksalhaften Zustimmung zu dem Rüstungsprogramm einer konservativen Regierung enden würde“. Im Unterhaus sagte ein Mitglied, ob die Aufmerksamkeit des Präsidenten des Senats auf den Schaden gelenkt worden sei, der den britischen Kaufleuten daraus erwachse, daß die deutsche Regierung ihre Versprechen, den deutschen Exporteuren die zwischen den beiden Nationen, deutschen Exporteuren vereinbarte 36prozentige Abgabe zu erlassen, zurückgezogen habe. Dann erwiderte, Verhandlungen seien mit der deutschen Regierung in dieser Frage im Gange.

## Eriedigung der „Lusitania“-Ansprüche.

Die Entscheidung der gemischten Kommission in Washington. (Funktelegraph unseres Korrespondenten)

Washington, 22. Februar. Die gemischte Kommission zur Eriedigung über die Entschädigungsanträge unter den Kriegsführenden hat heute ihre erste Entscheidung über die Entschädigungsforderungen gegen Deutschland wegen Verletzung der „Lusitania“ bekannt gegeben. Die Kommission hat 57 amerikanischen Staatsangehörigen eine gesamte Entschädigung von einer Million Dollars für Verluste durch Todesfälle, Verletzungen und Eigentumsverletzung zugesprochen. Damit sind die erheblich weitergehenden Ansprüche entsprechend herabgemindert worden. Die Frage der Rechtsmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Verletzung der „Lusitania“ hat, wie noch erinnerlich sein wird, die Kommission überhaupt nicht beschäftigt. Da bereits im Jahre 1916 von deutscher Seite die Zusage erteilt worden war, für die Verletzung der „Lusitania“ angemessenen Ersatz zu leisten, hatte sich die Kommission lediglich mit der Berechtigung und der Höhe der einzelnen Ansprüche zu befassen. Es ist im beiderseitigen Interesse zu begründen, daß die „Lusitania“-Angehörigen die seit Jahren aus dem Damm über den Beziehungen der beiden Nationen geschwobene, damit endgültig ihre Eriedigung gefunden hat.

## Der deutsch-amerikanische Handel 1923.

(Funktelegraph unseres Korrespondenten)

Washington, 22. Februar. Nach der jetzt vorliegenden amtlichen Statistik über die Handelsbewegung zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland im Jahre 1923 hat die Einfuhr deutscher Waren nach dem Gebiet der Union im abgelaufenen Jahre um 38 Prozent zugenommen. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland liegt um 9,3 Prozent. Bei der Steigerung der Einfuhr deutscher Fabrikate sind Stoffe, Porzellanwaren und Spielzeug am stärksten beteiligt.

Arbeiterpartei, „den Weg zur Abrüstung als einziger Sicherheit für die Nation zu sehen“. Die Wähler, denen dieses Versprechen gegeben wurde, das untergeordnet war von MacDonald, Gibbs, Gordon und Mrs. Bonfield, hätten nicht gewagt, daß es „mit der schicksalhaften Zustimmung zu dem Rüstungsprogramm einer konservativen Regierung enden würde“. Im Unterhaus sagte ein Mitglied, ob die Aufmerksamkeit des Präsidenten des Senats auf den Schaden gelenkt worden sei, der den britischen Kaufleuten daraus erwachse, daß die deutsche Regierung ihre Versprechen, den deutschen Exporteuren die zwischen den beiden Nationen, deutschen Exporteuren vereinbarte 36prozentige Abgabe zu erlassen, zurückgezogen habe. Dann erwiderte, Verhandlungen seien mit der deutschen Regierung in dieser Frage im Gange.